

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5494

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5494



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Wie sich Linke faschistischer Methoden bedienen

Faschismus von links!

von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli AG

Eine Redewendung besagt: Wenn der Faschismus wieder aufkommen werde, werde er dies im Tarnkleid mit der Aussage «Ich bin der Antifaschismus» tun.

Das Wesen des Faschismus wird definiert als autoritäre, antipluralistische Ideologie, die eine homogene nationale Gemeinschaft unter einer starken Führungsfigur anstrebt, individuelle Freiheitsrechte ablehnt und politische Macht durch Gewalt, Propaganda und Massenmobilisierung sichert. Der Begriff stammt ursprünglich aus **Italien** (fasci = Bündel) und bezeichnete das Regime **Benito Mussolinis** (1922–1943). Der **Nationalsozialismus** in Deutschland gilt als eine besonders extreme, rassistisch-antisemitische Ausprägung des Faschismus.

Betrachten wir nun die einzelnen Elemente des Faschismus, kann man feststellen, dass sich die Linken mit einer einzigen Ausnahme genau derer bedienen:

1. Antidemokratie und Antiliberalismus

Ablehnung von Gewaltenteilung, Parlamentarismus, Meinungs- und Pressefreiheit.

2. Antipluralismus

Keine Akzeptanz politischer Opposition oder gesellschaftlicher Vielfalt.

3. Gewalt und Militarismus

Gewalt wird als legitimes oder notwendiges Mittel politischer Durchsetzung verherrlicht.

4. Propaganda und Massenmobilisierung

Systematische Nutzung von Symbolen, Mythen und emotionaler Rhetorik zur Kontrolle der Bevölkerung.

5. Feindbildkonstruktion

Klare Unterscheidung zwischen «Wir» und «Sie» (z.B. politische Gegner, Minderheiten, «Volksfeinde»).

Einzig des sonst auch vorkommenden, übertriebenen Nationalismus bedienen sich die Linken zurzeit noch nicht. Allzu sehr verhasst ist ihnen ihre Heimat – und allzu sehr lieben sie die Multikulturalität – ohne zu sehen, dass «multikulturell» mit «multikriminell» gleichzusetzen ist. Den Führerkult pflegen sie hingegen durchaus.

Dass sich die Linken, die Grünen und die Hellgrünen genau dieser Methoden bedienen, erschreckt. Sind es doch gerade sie, welche mit ihrer Kampftruppe «Antifa» gegen den Faschismus aufrufen – und dann gerne auch mal Städte wie Bern und Zürich in Schutt und Asche legen.

Intoleranz und Drohungen

Wie tolerant die Linken und ihre Mitstreiter sind, musste unlängst die Geschäftsleitung der Orell-Füssli-Buchhandlung in Basel erleben. Als diese eine Lesung mit dem Top-Forensiker Frank Urbaniok zu seinem neuen Buch «Schattenseiten der Migration» durchführen wollte, drohte Basels vereinigte Linke mit der Stürmung der Veranstaltung – der Anlass musste abgeblasen werden. Den Linken passen die im Buch von Frank Urbaniok genannten Tatsachen zur Kriminalität von Ausländern nicht in den Kram – deshalb wird der Autor bedroht. Das ist Faschismus in seiner reinsten Form.

Aber auch bürgerliche Politiker aus dem Ständerat durften die Toleranz der Toleranten in der letzten Session 1:1 miterleben – hautnah sogar. Denn der Nationalrat hatte anlässlich der Budgetdebatte mit Stichentscheid seines Präsidenten eine zusätzliche Million Franken für das Gleichstellungsbüro abgelehnt. Dies brachte die linken Frauen auf die Palme und zum Durchdrehen.

«Mentale Vergewaltigung»

Tamara Funiciello mit Anna Rosenwasser machten mobil. Gleichzeitig starteten sie mit der Schweizer Bewegung «Campax» eine Mail-Aktion an die Mitglieder des Ständerats. Rund 1'200 Nachrichten seien laut der Kampagnenorganisation verschickt worden. Die bürgerlichen Politiker wurden aber je mit buchstäblich tausenden von Mails zudeckt. Wie stark die Debatte aufgeheizt war, zeigt Nationalrätin Bettina Balmers (FDP) Beurteilung des Vorgehens: «Das ist unverhältnismässig und kommt einer mentalen Vergewaltigung gleich.» Der scheidende Präsident des Ständerats, Andrea Caroni (FDP), sprach von einer Mailflut, die im Resultat kaum von russischen Hackern zu unterscheiden sei.

Am Dienstagabend der zweiten Sessionswoche versammeln sich mehrere hundert Personen zu einer Spontankundgebung auf dem Bundesplatz. Der Druck zeigt Wirkung: Am Mittwoch nahm der Ständerat die zusätzliche Million stillschweigend an. Und natürlich liess sich dann auch der Nationalrat weichklopfen – zahlreiche «Bürgerliche» knickten ein, weil sie dem Druck der Strasse nicht mehr standzuhalten vermochten. Auch hier zeigen sich faschistische Methoden ...

Andersdenkende mundtot machen

Die Linken versuchen, jede ihnen nicht passende oder unliebsame Meinungsäusserung zu torpedieren. Neuerdings sogar mit anonymen Klagen gegen bürgerliche Politiker – angeblich wegen Rassismus und Hetze gegen Transgender-Menschen. Sogar die Jungpolitikerin Vivienne Huber wurde eingeklagt. Sie hatte ein paar demonstrierende «LGBTQI+ Menschen» als «Parasiten» bezeichnet. Solches kann man unschön finden – aber eine funktionierende Demokratie kann und wird das aushalten. Die Linken nicht: Sie klagen unentwegt und versuchen so, die Politiker der SVP mundtot zu machen ...

Am letzten Sessionstag musste die gute Frau Rosenwasser nach eigenen Angaben das Parlamentsgebäude fluchtartig verlassen: Allzu sehr hatten ihr das Nein des Nationalrates zu einem Vorstoss ihrer Ratskollegin und die Rede von Nationalrat Marcel Dettling zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» zugesetzt. Ein demokratischer Entscheid des demokratisch gewählten Parlaments und eine äussert gehaltvolle Rede des Präsidenten der grössten Partei des Landes reichten hierfür. Sie wird wohl nach Badran, Wermuth und Meyer die vierte Linke sein, welche eine Auszeit braucht ...

Dass all diese Methoden und Machenschaften von den Medien nicht gerügt, sondern mehrheitlich totgeschwiegen oder gar gelobt werden, ist die Krönung des üblichen Spiels.

Andreas Glarner